

Liebe Leserin, lieber Leser

Besucht ein Mann ein Restaurant. Er bestellt Suppe, er bestellt Salat. Er bestellt den Hauptgang und er bestellt das Dessert, Käse, Kaffee, Cognac.

Und dann reagiert dieser Gast empört, als ihm der Wirt die Rechnung bringt.

Die Schweiz sitzt und schlemmt schon lange im Restaurant Europa. Dabei ist den verantwortlichen Politikern der Preis der einzelnen Speisen auf der Karte keineswegs entgangen. Sie haben diesen Preis aber geflissentlich ignoriert.

Zum ersten Mal mit einem möglichen Rahmenabkommen beschäftigt hat sich unsere Landesregierung im Januar 2008.

Zum ersten Mal übte die EU im Sommer 2010 lautstark Kritik an der Schweizer Acht-Tage-Regel.

Zum ersten Mal verlangte die EU von der Schweiz im Sommer 2011 hochoffiziell die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie.

Und heute sind wir empört, dass Brüssel auf den Abschluss eines Rahmenabkommens drängt?

Heute fühlen wir uns überrumpelt, dass die EU eine Abschwächung der Acht-Tage-Regel verlangt?

Dass sie auf der Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie beharrt?

Tatsächlich trifft das am Freitag veröffentlichte Rahmenabkommen das Schweizer Publikum wie ein Schlag in die Magengrube.

Denn dieses Publikum war auf einen solchen Vertrag nicht vorbereitet. Um der SVP kein Futter zu geben, haben die übrigen Parteien, hat

allen voran der Bundesrat das Thema Europa in den letzten Jahren wider besseres Wissen als Gratismenü à la

carte dargestellt. Man prägte das Bild vom Bilateralismus als «Königsweg» und suggerierte damit, dass alles ganz toll laufe in unseren Beziehungen zur EU.

Dass ausgerechnet das selbst ernannte Mutterland der direkten Demokratie an einen «Königsweg» glauben wollte: Wie falsch das klingt, ist offenbar niemandem aufgefallen.

Kreuzfalsch wirkt das Verhalten des Bundesrats bis heute. Offenbar ist unsere Exekutive mit dem Abkommen, das Staatssekretär Roberto Balzaretto in Brüssel ausgehandelt hat, nicht zufrieden. Wenn dem aber so ist: Warum hat man den Diplomaten auf seiner Mission allein gelassen und dieses Geschäft nicht zur Chefsache erklärt? Warum ist in den letzten zwölf Monaten nie eine Dreierdelegation der Landesregierung zu den Verhandlungen nach Brüssel gereist? Hätte man es auf diese Weise nicht doch eventuell geschafft, dass die EU zumindest die Unionsbürgerrichtlinie aus ihrem Forderungskatalog streicht?

Wie bei einer solchen Ausgangslage eine intelligente und konstruktive Europa-Diskussion möglich sein soll, bleibt schleierhaft. Dass es eine solche Diskussion braucht, steht ausser Frage: Das Rahmenabkommen liegt auf dem Tisch, über kurz oder lang muss die Schweiz dazu Ja oder Nein sagen. Lange wird uns der Wirt in Brüssel keinen Kredit mehr geben.

Unsere Regierung freilich legt nun noch einen drauf. Am Freitag präsentierte sie ausgerechnet Ueli Maurer als neuen Oberverantwortlichen für das EU-Dossier. Dabei hat der SVP-Magistrat aus seiner Verachtung für die Europäische Union nie einen Hehl gemacht.

Die Lage ist ernst. Und der Bundesrat genehmigt sich einen weiteren Cognac. Und ja – warum auch nicht? –, bitte noch einen schönen Stumpfen und die Jasskarten. ●

Einen schönen Sonntag wünscht Ihnen Gieri Cavetty



Ärger in Streit in

► **Das Rahmen**
Zündstoff ► **Bun**
ab ► **Der SP dro**

Aussenminister Ignazio Cassis, Bundespräsident Alain Berset und Finanzminister Ueli Maurer (v. l.) am Freitag in Bern.



SIMON MARTI

Der Freitag war kein guter Tag für die Landesregierung. Die Verteilung der Departemente scheiterte (Bericht, Seite 8), und auch beim Europa-Dossier herrschte grosse Uneinigkeit im Bundesrat.

Als dieser erstmals das Verhandlungsergebnis mit Brüssel präsentierte, trat man gleich zu dritt vor die Medien: Bundespräsident Alain Berset (46, SP), Aussenminister Ignazio Cassis (57, FDP) und Finanzminister Ueli Maurer (68, SVP). **Nicht einmal zu einer Bewertung des Vertrags konnten sich die Regierenden durchringen.** Stattdessen sollen Parteien, Sozialpartner und Kantone nun bis zum Frühling Stellung beziehen – und dem Bundesrat sagen, was er zu tun hat. Führungsstärke sieht anders aus.

Warum tut sich der Bundesrat so schwer mit dem Vertrag? Weil er sich in Brüssel in mehreren Punkten nicht durchsetzen konnte: Die Unionsbürgerrichtlinie wurde nicht ausdrücklich ausgeschlossen (siehe Box); bei den flankierenden Massnahmen beharrt die EU explizit auf Anpassungen – die viel diskutierte achttägige Anmeldefrist für ausländische Firmen in der Schweiz will sie auf vier Arbeitstage beschränken.

Die Kritik folgte auf dem Fuss. SP-Präsident Christian Levrat (48) bezeichnete das Abkommen mit der EU **«aus sozialer Sicht als Rückschritt und darum politisch chancenlos»**. Damit weiss sich der Freiburger Ständerat einig mit den Gewerkschaften, die seit Monaten vor einem Abbau des Lohnschutzes warnen.

Aber nicht alle Sozialdemokraten teilen Levrats

Im Bundesrat, den Parteien

abkommen sorgt bereits für
desräte schieben die Verantwortung
ht die Debatte über einen EU-Beitritt.

Flankierende, Richtlinien und Co.

Ziel des **Rahmenabkommens** ist es, die über hundert bestehenden Abkommen und Verträge auf ein solides Fundament zu stellen und die **Beilegung von Streitfällen** zu regeln. Damit soll der Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt gewährleistet werden. Für den Bundesrat war stets klar, dass die sogenannte **Unionsbürgerrichtlinie** (UBRL) nicht Teil des Abkommens sein dürfe. Brüssel beharrt auf einer Übernahme, was EU-Bürgern in der Schweiz bei der Sozialhilfe zusätzliche Ansprüche verschaffen würde (siehe auch Seite 6). Der zweite Knackpunkt betrifft die **flankierenden Massnahmen** (Flam), die das hiesige Lohnniveau garantieren. Diese wurden im Zuge der Personenfreizügigkeit mit der EU eingeführt. Besonders umstritten ist die **acht tägige Anmeldefrist** für ausländische Unternehmen: Die Union verlangt eine Beschränkung auf vier Arbeitstage. Für die Schweizer Gewerkschaften sind acht Tage sakrosankt. ●



Haltung. «Wenn die SP nun erklärt, die Schweizer Löhne seien gefährdet, dann stimmt das schlicht nicht», sagt etwa SP-Nationalrat Eric Nussbaumer (58, BL). Das EU-Recht gewähre jedem Mitgliedstaat das Recht, Löhne eigenständig festzulegen und durchzusetzen. Der Lohnschutz bleibe gewährleistet, «auch wenn wir bei den Kontrollbestimmungen Anpassungen vornehmen müssen». Da sei der Text des Abkommens völlig ein-

deutig. «In der Schweiz werden Schweizer Löhne bezahlt. Wer anderes behauptet, der verbreitet Fake News.»

Nussbaumer ist sich bewusst, dass er damit innerparteilich für Zündstoff sorgt. Er sei aber nicht Mitglied, um stets die gleiche Meinung zu vertreten wie der Präsident. «Vielleicht enden wir in einer thematischen Spaltung in der SP. Damit müssen wir leben.»

Dass seine Partei im Sommer die Linie der Ge-

werkschaften mitgetragen hat, «war absolut richtig», sagt SP-Nationalrat Fabian Molina (28, ZH). «Die FDP-Bundesräte hatten einen Angriff auf den Lohnschutz lanciert. Nun sind wir einen Schritt weiter, dieser Debatte kann sich die einzige proeuropäische Kraft im Land nicht verschliessen.» Falle das Rahmenabkommen durch, blieben nur «Abschottung oder EU-Beitritt».

Dann aber wäre sie lanciert, die Grundsatzde-

batte über Für und Wider eines Beitritts – zum Leidwesen der SP-Spitze.

Auch im Freisinn, der zweiten zentralen europäischen politischen Kraft, tut sich ein Graben auf. Die Konfliktlinie läuft mitten durch die Partei.

Und erreicht nun auch den Bundesrat: **Karin Keller-Sutter (54, FDP) signalisierte gleich nach ihrer Wahl am Mittwoch Verständnis für die Haltung der Gewerkschaften** – und nahm damit die Gegen-

position zu FDP-Aussenminister Cassis ein. «Die FDP wird das Verhandlungsergebnis intensiv prüfen. Die Meinungsbildung ist nicht abgeschlossen», sagt jetzt der freisinnige Ständerat **Damian Müller (34, LU)**.

Die Diskussion über das Rahmenabkommen elektrisiert auch Politaktivisten ausserhalb des Bundeshauses. Bei der Operation Libero, die sich in den vergangenen Jahren in erster Linie mit Abwehrkämpfen gegen Volksinitiativen der SVP einen Namen gemacht hat, begrüsst man die anlaufende Diskussion ausdrücklich.

Co-Präsidentin Laura Zimmermann (27) zu SonntagsBlick: «Für uns ist das Rahmenabkommen im Interesse der Schweiz, letztlich soll aber die Bevölkerung darüber abstimmen.» ●



«Die Bevölkerung soll abstimmen»: Laura Zimmermann (Operation Libero).



«Die Meinungsbildung ist nicht abgeschlossen»: Damian Müller (FDP).



«Die SP darf sich nicht verschliessen»: Fabian Molina (SP).



«Die Schweizer Löhne sind nicht gefährdet»: Eric Nussbaumer (SP).